

Der Beobachter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Postgebühren, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Postgebühren, zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftlich, Druck und Verlag: O.W. Zaiser (Jnh. K. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Tageszelle oder deren Raum 20 G., Familien-Anzeigen 15 G., Restanzeigen 60 G., Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaft Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. Kto. Stuttgart 513

Nr. 172

Gegründet 1827

Dienstag, den 26. Juli 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Tagespiegel

Der Ausnahmezustand in Preußen wird am Dienstag aufgehoben.

Der Ueberwachungsaustrich des Reichstages trat am Montag nachmittag zusammen. Die Mitglieder der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, der Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei lehten; dagegen waren der Reichskanzler, Reichswehrminister Schleicher, Minister v. Gansl und zahlreiche Ministerialbeamten anwesend. Der Reichsinnenminister erklärte: Nach der Verfassung hat der Ueberwachungs- oder Zwangsaustrich lediglich das Recht, etwaige Eingriffe der Reichsregierung in die Rechte der Volkvertretung in der Zeit zwischen zwei Reichstagen abzuwehren. Er kann daher Vorbereitungen treffen und Erklärungen abgeben, aber er hat keinen Anteil an der vollziehenden Gewalt, ebensowenig steht ihm die Aufsicht über die Reichsregierung zu, die ihm nicht verantwortlich ist. Maßnahmen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 werden dem Ausschuss nicht zur Kenntnis gebracht, er hat auch nicht das Recht, die Aufrechterhaltung von Maßnahmen des Reichspräsidenten oder der Landesregierungen zu verlangen. Dies alles ist langjährige Staatspraxis und von der Rechtslehre grundsätzlich anerkannt. Unter Stimmenthaltung des Zentrums wurde von Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten und Bayer. Vp. ein for. Antrag angenommen, die Bestimmungen der Reichsregierung betr. Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und Ausnahmezustand sowie die Notverordnungen vom 28. Juni und 14. Juli gegen politische Ausschreitungen aufzuheben. Ein Zentrumsantrag betr. Aufrechterhaltung der beiden Notverordnungen wurde von allen diesen fünf Parteien angenommen.

Der deutsche Flieger v. Gronau ist am Montag nachmittag von Grönland nach Labrador gestartet.

Der vom Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein unter Leitung seines 3. Vorsitzenden, Regierungsrat Dr. Philipp Borchers, im April d. J. in die Cordillera Blanca in Peru entsandten Expedition war dieser Tage ein bedeutender Erfolg beschieden. Die Bergsteigergruppe unter Führung von Erwin Schneider aus Hall in Tirol hat unter Teilnahme von Borchers, Haerlin-Stuttgart, Hein-Einzl und Dr. Bernhard-Hall i. L. am 20. d. Mts. den Hauptgipfel der Kette, den 6750 Meter hohen Huascarán erkliegen. Während der letzten 400 Meter ergaben sich besondere Schwierigkeiten: Eisbrücke und insbesondere ein einen halben Meter tiefer Bruchharsch. Sämtliche Teilnehmer befinden sich wohl.

Der Hamburger Dampfer „Renate“ ist bei der Insel Gotland auf ein Wrack gestoßen und gesunken. Der Kapitän und die 9 Mann der Besatzung konnten sich an Land retten.

Die Italiener sind aus der Interparlamentarischen Union ausgetreten, weil die Tagung gegenüber der Beschimpfung durch die Franzosen ihnen keine ausreichende Entschuldigung gegeben habe.

Japanische Flugzeuge haben die chinesische Stadt Tschaojan erneut mit Bomben beworfen; die Stadt soll teilweise zerstört sein, sie wurde von den Japanern besetzt. Die chinesischen Behörden haben alle Forderungen des japanischen Oberbefehlshabers angenommen.

Papen befriedigt

Berlin, 25. Juli. Reichskanzler von Papen ist gestern früh wieder in Berlin eingetroffen. In den Kreisen der Reichsregierung äußert man sich sehr zufrieden über das Ergebnis der Stuttgarter Aussprache. Man betont, daß der über die Besprechung ausgegebene amtliche Bericht in keiner Weise schönfärbt, sondern die Vorgänge durchaus guttrefend schildert. Der befriedigende Eindruck, den die Teilnehmer auf Seiten der Reichsregierung mitgebracht haben, ist offensichtlich noch durch ein Gespräch vertieft worden, das der Reichskanzler nach der Konferenz im Zug mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Held geführt hat. Dr. Held reiste zufällig im selben Zug bis Nürnberg mit und beide Staatsmänner benutzten die Gelegenheit, ihren in Stuttgart begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen.

Auf der Länderkonferenz wurde an den Reichskanzler auch die Frage gerichtet, ob die Reichsregierung die Absicht habe, die kommunistische Partei zu verbieten, wie dies in der letzten Zeit hier und da behauptet worden sei. Der Reichskanzler hat, wie verlautet, darauf eindeutig erklärt, daß kein solches Verbot beabsichtigt sei.

Kabinettsitzung

Berlin, 25. Juli. Das Reichskabinettsitzung ist heute vormittag 11.30 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, in der neben der Berichterstattung des Reichskanzlers über die Stuttgarter Besprechung und einer Besprechung der für heute nachmittag vorzusehenden Tagung des Ueberwachungs-

Ausschusses des Reichstages auch die wirtschaftlichen Aufgaben der Reichsregierung auf der Tagesordnung standen. Es wird erklärt, daß in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nichts von irgendwelchen Zwangsansatzplänen enthalten ist. Im übrigen trifft es auch nicht zu, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Reichskommissar oder als Treuhänder der Reichsregierung für die noch unter dem Kabinettsitzung für das Reich aufgeschauten Eisenkirchener Bergwerke eingesetzt werden soll. Allerdings wird die Reichsregierung die ganze in der letzten Zeit erfolgten Reichsbeteiligungen an verschiedenen Betrieben, die von verschiedenen Seiten so scharf kritisiert worden sind, in den Kreis ihrer Beratungen einbeziehen.

Held über die Stuttgarter Besprechung

Weiden (Oberpfalz), 25. Juli. In einer Verlesung der Bayerischen Volkspartei in Weiden jagte Ministerpräsident Dr. Held über das Ergebnis der Stuttgarter Konferenz: „Ich darf feststellen, daß die Befürchtungen, wie sie sich bei uns in den letzten Tagen aufgetan haben, nach den Erklärungen der Herren Reichskanzler von Papen und Reichsinnenminister von Gansl als gegenstandslos erweisen. Das Ergebnis der Wahlen soll entscheidend sein für die Gestaltung der künftigen Geschichte des Reiches.“

Weitere Personalveränderungen in Preußen

Berlin, 25. Juli. Der stellv. Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, prüft zurzeit, wie weit auch unter den preußischen Landräten unausschiebbare Personalveränderungen vorzunehmen sind. Er hat beim Landtag die Aufhebung des Abgeordneten Landrat Hausmann wegen Beschimpfung des alten Heers beantragt.

Die preußischen Anträge vom Staatsgerichtshof abgelehnt

Leipzig, 25. Juli. In der Streitsache zwischen Preußen und der Reichsregierung verkündete heute mittag nach 1 Uhr der Vorsitzende, Präsident Dr. Sumke, die Entscheidung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich:

Die Anträge der bisherigen preußischen Regierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung werden abgewiesen.

Die Begründung

In der Entscheidungs-Begründung führte der Vorsitzende u. a. aus:

Daß der Staatsgerichtshof grundsätzlich für sich die Befugnis in Anspruch nimmt, im Lauf eines Verfahrens vorläufige Anordnungen zu treffen, ist wiederholt ausgesprochen worden. An dieser Auffassung hält der Staatsgerichtshof fest. (Die preußische Regierung hat diese Befugnis des Staatsgerichtshofs in früheren Fällen bestritten.) Ueber die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung kann der Staatsgerichtshof aber nur dann entscheiden, wenn und insoweit er für die Streitigkeiten, um die es sich bei dem Verfahren in der Hauptsache handelt, zuständig ist. Diese Frage der Zuständigkeit für die Hauptsache ist von Amts wegen zu prüfen. Weiter wird festgestellt, daß die antragstellenden preußischen Staatsminister in dem gegenwärtigen Streit das Land Preußen zu vertreten beauftragt sind. Allerdings sind sie ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktionen enthoben. Diese Enthebung aber ist erfolgt in Durchführung der Verordnung vom 20. Juli 1932, deren Rechtsgültigkeit in vorliegendem Verfahren zu klären ist.

Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, da sie insbesondere nicht auf der Grundlage ergehen kann, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder anderen Streitenden Teils zu eigen macht. Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung ist, ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Befange beider Teile schonendes Verhältnis ihrer wechselseitigen Beziehungen bis zur Endentscheidung herbeizuführen. Angesichts dieses Zwecks einer einstweiligen Verfügung erscheint es nicht angängig, die von Preußen begehrte Verfügung entsprechend den in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Anträge zu erlassen.

Prüft man diesen Antrag zunächst in seinen Einzelheiten, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er darauf hinausläuft, die Regierungsgewalt in Preußen solle vorläufig zwischen den Reichskommissaren und den bisherigen Ministern geteilt werden. Die mündliche Verhandlung hat erst recht keine Zweifel darüber gelassen, daß eine Teilung der Regierungsgewalt zwischen dem Reichskommissar und den jetzt klagenden preußischen Ministern der Sinn des Antrags ist. Das geht mit besonderer Klarheit

Englische Blätter zur Lage in Deutschland

London, 25. Juli. Die vorerlittenen Schlüsse, die in London anfänglich an die Notmaßnahmen der Reichsregierung in Preußen geknüpft worden waren, haben jetzt allgemein einer sachlicheren Auffassung Platz gemacht. In großem Maße haben dazu beigetragen die Tatsache, daß die blutigen Ausschreitungen in Preußen, die diesen Notverordnungen vorausgingen, ein Ende erreicht haben, ferner die Erklärungen des Reichskanzlers auf der Besprechung in Stuttgart, die größte Beachtung finden, sowie die Redungen aus Paris, wonach dort die letzte Entwicklung in Deutschland nicht als eine Bedrohung Frankreichs, sondern als innenpolitische Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Unterdrückung von Ausschreitungen angesehen wird. Die Schlagworte wie „Uebergabe an Hitler“ sind hier völlig verstummt.

Im „Observer“ wird darauf hingewiesen, daß der Glaube Deutschlands an Demokratie auf einen tiefen Stand gesunken sei. Das Blatt erwartet bei den kommenden Wahlen weder einen nationalsozialistischen noch einen sozialdemokratischen Sieg und daher ein Verbleiben der Regierung Papen im Amt.

Ähnliche Gedanken werden in der „Sunday Times“ geäußert, in der betont wird, daß für die augenblicklichen Nachhaber in Deutschland öffentliche Ordnung die Hauptsache sei. Nach völliger Würdigung der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Volks betont das Blatt, daß es unanstößig wäre, dem deutschen Reichspräsidenten oder der Reichsregierung übte „Machenschaften“ gegen die Republik oder die Volkstfreiheit“ zuzuschreiben. Die Schwierigkeiten der Reichsregierung seien vornehmlich durch den völligen Zusammenbruch der parlamentarischen Regierung in Preußen. Bei einer schwachen Reichsregie-

aus der Ziffer 3 hervor, die die Vertretung Preußens im Reichsrat den jetzt klagenden Ministern belassen wissen will. Sie strebt also an, die Gewalt des Reichskommissars wesentlich zu beschränken. Ebenso hat Ziffer 4 des Antrags wohl den Sinn, daß Beamtenernennungen und -Absetzungen nicht nur dem Reichskommissar entzogen, sondern auch den früheren Ministern belassen bleiben sollen.

Eine Prüfung der Frage, ob die begehrte Regelung geeignet ist, die von den Antragstellern beklagten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, muß ergeben, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist, daß vielmehr eine solche Scheidung der Staatsgewalt in besonderem Maße geeignet ist, Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen. Auch der Vertreter der Reichsregierung hat darauf hingewiesen, daß eine solche Aufteilung der Staatsgewalt nach Auffassung der Reichsregierung eine unerträgliche Lage herbeiführen würde. Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, die Frage vorgelegt, ob er seinerseits irgend einen Weg erkennen könne, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen. Er vermag jedoch einen solchen Weg nicht zu sehen.

Gegenüber den Anträgen des Zentrums und der SPD. hat sich das Gericht vor der recht schwierigen Frage gesehen, ob diese beiden Parteien überhaupt als legitimiert sind, als Antragsteller aufzutreten. Das Gericht hat zu dieser Frage keine Stellung genommen. Es will die Entscheidung hierüber der Entscheidung der Hauptsache vorbehalten, denn dieser Antrag der Fraktionen läuft darauf hinaus, die Anordnungen der Verordnung vom 20. Juli in ihrem wesentlichen Teil zu lähmen. Der Reichskommissar soll sich nach dem Antrag „jeder Tätigkeit enthalten“. Einen so weit gefassten Antrag im Wege der einstweiligen Verfügung anzunehmen, würde aber gleichbedeutend sein mit einer Entscheidung in der Hauptsache.

Gerade weil der Staatsgerichtshof sich außerstande gesehen hat, dem Verlangen einer vorläufigen Regelung zu entsprechen, legt er besonderes Gewicht darauf, daß das Verfahren in der Hauptsache mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird und vertraut darauf, daß das nötige Material ihm mit der Beschleunigung zugeleitet wird, die der Sachlage entspricht. Der Staatsgerichtshof verkennt aber auch nicht, daß auch bei dem besten Willen einer Entscheidung in der Hauptsache eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß. Wie lange der Zeitraum zu bemessen ist, vermag ich nicht zu sagen. Ich muß aber auf die Möglichkeit hindeuten, daß sich die Notwendigkeit ergibt, bestimmte Behauptungen tatsächlicher Art nachzuprüfen, selbst Ermittlungen anzustellen und selbst Beweise zu erheben. Ich hebe das hervor, um vor dem Glauben zu warnen, daß die Entscheidung nur eine Frage von Tagen sein könne. Das verwehrt sowohl die Art der Sache, wie auch die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofs, an die er gebunden ist.

Von den Antragstellern war nur Ministerialdirektor Dr. Badi zugegen, vom Reichs niemand.



cung besteht die Gefahr eines Bürgerkriegs in Preußen. Die Führer der „Revolution von oben“ seien Männer von sehr hohem Charakter, und ihre Vaterlandsliebe sei über jedem Zweifel erhaben. Besondere Anerkennung erhält der Reichspräsident. „Wir dürfen nicht vergessen“, so führt das Blatt aus, „daß Hindenburg ein Deutscher ist und seine Pflicht in deutscher Weise ausübt. Das Vorgehen ist vollkommen vereinbar mit dem aufrichtigen Wunsch, die Republik zu wahren, und unsere Aufgabe ist es, weder zu verurteilen, noch Beifall zu spenden, sondern zu verstehen, wie dieser schmerzliche Konflikt entstand.“

Der Berliner Korrespondent des „Observer“ betont, daß alle Parteien, von den Demokraten, des linken Zentrums bis zum rechten von dem augenblicklichen Vorgehen der Reichsregierung mehr als befriedigt seien und daß kein Grund bestehe, weshalb eine knappe Rechtsmehrheit von Nationalsozialisten und Deutschnationalen nicht eine verfassungsmäßige Regierung Deutschlands in den nächsten Jahren leichter gestalten sollte. Der Mann des Augenblicks sei General von Schleicher, dessen Rolle in der Geschichte seines Landes erst zu spielen beginne. Dr. Bracht bezeichnet den Korrespondent als einen Mann, dessen Behandlung sowohl industrieller Interessen als auch der Arbeiterinteressen in Essen habe diese vielgeprüfte Stadt zu einer der am gefündesten finanzierten Städte Deutschlands gemacht. Neben Duldsamkeit gegenüber privaten Ansichten verfüge Bracht über einen großen Verstand und über eine starke Persönlichkeit.

Neue Nachrichten

Beteiligung Deutschlands an dem Meinungsaustausch auf Grund des Vertrauensabkommens

Berlin, 25. Juli. Die Reichsregierung hat auf Grund der von ihr eingezogenen Erkundigungen der britischen Regierung mitgeteilt, daß sie bereit sei, sich gemäß der englisch-französischen Erklärung am 13. Juli in den eintretenden Fällen an einem offenen Meinungsaustausch über die in der Erklärung erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen. Eine entsprechende Mitteilung geht auch der französischen Regierung zu, die inzwischen gleichfalls an die Reichsregierung die Aufforderung zum Beitritt zu der Erklärung gerichtet hat.

Kleinere Ministergehälter in Oldenburg

Oldenburg, 25. Juli. Die Staatsregierung hat mit Wirkung vom 1. August an die Ministergehälter der drei nationalsozialistischen Minister und das Gehalt des nationalsozialistischen Regierungspräsidenten in Eutin um 10 v. H. gekürzt. Außerdem hat das Staatsministerium sich selbst die Ermächtigung erteilt, im Rahmen der Landesverfassung und der Reichsgesetze alle Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Staats- und Gemeindeverwaltungen zu treffen. Das Ausmaß der beabsichtigten Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung steht noch nicht fest.

In Mecklenburg-Strelitz hat das Staatsministerium zur Ausgleichung des Fehlbetrags auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes des Landtags am 1. August die Dienst- und Versorgungsbezüge der Staatsbeamten, soweit sie Familienväter sind, um weitere 2 1/2 v. H. für ledige und kinderlose Beamte um 9 v. H. gekürzt. Die Verordnung tritt am 31. März 1933 wieder außer Kraft.

Reichsgemeinschaft für deutsches Siedlungswesen

Essen, 25. Juli. Heute ist eine Reichsgemeinschaft für das deutsche Siedlungswesen gegründet worden. Zum Führer wurde der Hauptschriftleiter der Wochenzeitung „Freies Volk“, Frizke, gewählt. Dem Vorstand gehören auch die Vertreter der einzelnen Siedlungsverbände aus dem ganzen Reich an. Der Zweck der Gründung soll sein, die vaterländischen Belange durch eine lebhaftere Beteiligung der Siedlungspolitik und die Siedlerbewegung zu fördern und die deutsche Landwirtschaft nach Kräften zu beleben und zu pflegen.

Zusammenstöße

84 Teilnehmer einer Versammlung in Braunschweig verhaftet

Braunschweig, 25. Juli. Die Polizei nahm am Sonntagabend 84 Personen, Reichsbannerleute und Kommunisten, fest, die sich zu einer nicht genehmigten Versammlung in einer Wäscherei eingefunden hatten. Der Polizei war mitgeteilt worden, daß die Teilnehmer Nationalsozialisten aufzulauern sollten, die von einer Kundgebung heimkehrten.

In Leiferde (Braunschweig) kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und Nationalsozialisten. 10—12 Personen erlitten Verletzungen. Vier von ihnen, zwei Reichsbannerleute und zwei Nationalsozialisten, mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Blutige Auseinandersetzung mit Kommunisten in Trier

Trier, 25. Juli. Zwei mit Fahrrädern auf einer Straße befindliche Polizeibeamte in Aivil wurden in der Nacht zum Montag von vier Männern, die sich hinter Bäumen versteckt hielten, mit Rufen: „Halt! Rot Front! Heil Moskau!“ empfangen. Es kam zu einer Auseinandersetzung. Einer der Beamten, der mit einer Pistole bedroht wurde, streckte den Angreifer durch einen Kopfschuß nieder. Der Erschossene ist der Sohn eines ehemaligen kommunistischen Stadterordneten.

Eine nationalsozialistische Nebenhölle ließ in Jälich (Rheinpr.) am Sonntag vormittag mit einem Trupp Kommunisten zusammentreffen. Dabei wurde der SS-Mann Waldmann, ein ehemaliger Lehrer aus Aachen, erschossen. Der Täter, der bekannt sein soll, wird von der Polizei gesucht.

In einem blutigen Zusammenstoß kam es am Samstagabend auch in der Auggsbarger Wertach vorstadt, wo heimkehrende Nationalsozialisten von Reichsbannerleuten und Kommunisten angegriffen wurden.

Zeitungserbot. Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ in Karlsruhe ist vom badischen Ministerium des Innern am 25. Juli auf die Dauer von 3 Tagen verboten worden.

Waffenbeschlagnahme in Zwidau

Zwidau, 25. Juli. Wegen Waffenvergehens wurde am Sonntag der Geschäftsführer des Reichsbanners in Zwidau festgenommen. Er hatte mit einem andern Mitglied des Reichsbanners in Reichenbach i. B. am Samstag bei Tagesanbruch eine Autofahrt nach Thüringen unternommen. Beide hatten auf einem Kraftwagen 10 Pistolen und 500 Schuß Munition befördert; diese wurden beschlagnahmt. Wegen des Fahrtteilnehmers in Reichenbach ist bereits Haftbefehl erlassen worden.

Borah für Schuldennachlaß

Washington, 25. Juli. Großes Aufsehen erregte eine Rundfunkansprache des Senators Borah, in der er den Lausanner Vertrag pries, mit dem die Kriegskredite ihr Ende gefunden haben. Nunmehr müssen auch die Vereinigten Staaten ihre Kriegsschulden in Europa nicht nur herabsetzen, sondern ganz streichen unter der Voraussetzung, daß der Verfaller Vertrag gründlich geändert und wirklich abgerufen werde. Borah fordert Hoover auf, eine Weltkonferenz einzuladen, auf der die Fragen der Tribute, der Kriegsschulden, der Abrüstung, der Goldwährung, der Befestigung des Silberpreises usw. geregelt werden sollen. Von dieser Konferenz sollen aber die sogenannten Sachverständigen ferngehalten werden, denn diese listen mit ihren Spitzfindigkeiten nur Verwirrung.

Die englische Presse ist über die Sinnesänderung Borahs hocherfreut, denn er war bisher der entschiedenste Gegner des Schuldennachlasses. Die französische Presse ist überwiegend gegen Borahs Vorschlag, den der „Figaro“ z. B. eine „Erpressung“ Frankreich gegenüber nennt, das zu Zugeständnissen an Deutschland gezwungen werden sollte.

Frankreichs sichere Mauer

„Die Befestigungen der Ostgrenze sind ohne Beispiel“

Paris, 25. Juli. Der Generalberichterstatter des französischen Staatshaushalts Lamoureux hat in Begleitung des militärischen Hauptkontrollleurs, der dem Finanzausschuß zugeordnet ist, sowie des zweiten Generaldirektors des Pionierwesens die Befestigungen in der Gegend von Metz besichtigt. Er hat, wie aus Mäßen bei Metz berichtet wird, erklärt, daß nach seinem ersten Eindruck diese Befestigungsarbeiten in bewundernswürdiger Weise ausgearbeitet und durchgeführt worden seien.

Die hier von Frankreich vollbrachte Arbeit steht in der Geschichte der Völker ohne Beispiel da sowohl wegen ihrer Großartigkeit als wegen der technischen Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Mein zweiter Eindruck jedoch geht dahin, daß dieses Befestigungsnetz offenbar überhaupt nicht durchstochen werden kann. Die deutsche Armee, so mächtig, so mutig und so hartnäckig sie sein sollte, würde im gegebenen Fall an solchen Verteidigungsanlagen scheitern, die unter Pionierwesen in dieser Gegend aufgebaut hat. Diese Befestigungsanlagen können durch die schwerste und wirksamste Artillerie nicht zerstört werden. Die Feuerwirkung der Maschinengewehre und Kanonen, über die diese Verteidigungsanlagen verfügen, ist so flug durchdracht und so gewaltig, daß kein Gegner ihr widerstehen könnte. Unter Befestigungsnetz gibt deshalb zweifellos eine völlige Sicherheit gegen einen ähnlichen Einbruch, wie er im Jahre 1914 erfolgt ist. Der reine Verteidigungswille Frankreichs ist durch die Natur des Geländes und durch das Ziel dieser Befestigungsanlagen gegeben.

Man wird es auch als Deutscher verstehen, daß eine derartige Feststellung das französische Volk mit Genugtuung erfüllt. Weniger verständlich allerdings wäre es, wenn bei einer derartigen Sicherheit die französische Regierung forscherlos sollte, einer wirklichen Herabsetzung der Rüstungen sich zu widersehen und Deutschlands Gleichberechtigung abzulehnen, das aus geographischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen sowie gegenüber dem französisch-schlesisch-polnischen Militärbündnis um seine Sicherheit mehr besorgt sein muß als jedes andere Land.

Württemberg

Erleichterung der Wohlfahrtslasten in den Gemeinden

Stuttgart, 25. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das Staatsministerium hat am 22. d. Mts. in einer Verordnung über Maßnahmen zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten in den Gemeinden bestimmt, daß der auf das Land Württemberg entfallende Teil an der Biersteuerentschädigung der Gemeinden mit nicht mehr als 5000 Einwohnern vom Innenministerium im Benehmen mit dem Finanzministerium verwaltet wird. Beteiligt an der Entschädigung sind nur die Gemeinden, die bei der letzten Volkszählung nicht mehr als 5000 Einwohner hatten, die Gemeindebeiträge entsprechend gesenkt hatten und durch den Aufwand für Wohlfahrtslasten besonders beschwert sind. Vor der Verteilung ist je ein Vertreter des Württ. Städte- und Gemeindetages zu hören.

Auch in Württemberg werden von der vom Reich für die einzelnen Bezirksfürsorgeverbände bereitgestellten Wohlfahrtshilfe 10 v. H. abgezweigt und vom Innenministerium im Benehmen mit dem Finanzministerium besonders verwaltet. Der Rest wird an die Bezirksfürsorgeverbände nach der Zahl der an den jeweils maßgebenden Stichtagen gemeldeten und vom Reich bei der Verteilung berücksichtigten Wohlfahrtsverwerbslosen verteilt.

Stuttgart, 25. Juli.

Gründung einer „Volksfront“. In den letzten Tagen wurde in Stuttgart unter dem Vorst. des Zentrumsabg. Engler eine „Volksfront“ gebildet, die in Form einer „Massenbewegung die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte des christlichen Volksteils gegen alle Bestrebungen gegen den Nationalsozialismus verteidigen soll.

Strafentwurf. In der Samstagnacht gegen 1 Uhr wurde in der Nähe der Fideles-Kirche in der Seidenstraße ein Mann, der sich auf dem Heimweg befand, von einem anderen Fußgänger, der ihn schon einige Zeit verfolgte

hatte, um Geld angepömpft. Als der Mann seinen Geldbeutel zog, wurde ihm dieser entziffen und der Dieb entfloß durch die Nebenstraßen. Da jedoch die Polizei in der Nähe war und die Rufe des Bestohlenen hörte, konnte der Dieb bald gefaßt werden. Er hatte den Geldbeutel auf der Flucht weggeworfen und leugnete anfänglich auf der Wache seine Tat. Er wurde aber bald überführt.

Böblingen, 25. Juli. Schwere Zusammenstöße. Im Flughafenhotel in Böblingen hielt sich am Samstagabend eine Anzahl uniformierter Nationalsozialisten, darunter auch auswärtige Gäste, auf. Kommunisten wollten den Nationalsozialisten aufstauern und hatten sämtliche Ortsausgänge von Böblingen besetzt. Als die Nationalsozialisten nach Hause gingen, wurden sie von einer Wirtshaus aus überfallen und auch beschossen. Um 2.30 Uhr mußte das Ueberfallkommando von Stuttgart gerufen werden. Auf der Landstraße hinter einem Haus versteckt fand man eine Gruppe Kommunisten, die ebenfalls auf die Nationalsozialisten noch warteten. Einem Mann wurde eine geladene Selbstschußpistole abgenommen. In Böblingen selbst fand das Hilfskommando in den Straßen verlegte Kommunisten und Nationalsozialisten liegen, die in das Krankenhaus eingeliefert wurden, darunter zwei Nationalsozialisten, die durch Kopfschuß bzw. durch Messertische schwer verletzt waren. Bis früh 8.30 Uhr war das Ueberfallkommando in Böblingen mit der Wiederherstellung der Ruhe beschäftigt.

Mehlingen O. U. 25. Juli. Eine glückliche Gemeinde. — 14 Prozent Umlage. Der Gemeinderat verabschiedete am Freitag den städtischen Etat für 1932. Dabei konnte die Gemeindeumlage auf der nunmehr seit sieben Jahren gleichgebliebenen Höhe von 14 Prozent erhalten und die Einführung der viel angefochtenen hohen Bürgersteuer und der ebenso lästigen Getränkesteuer nochmals vermieden werden. Trotz Belastung der Gemeindeumlage auf der bisherigen Höhe ist es weiterhin noch gelungen, die Wasserzinsätze und Gaspreise nicht unerheblich zu senken.

Tübingen, 25. Juli. Von der Universität. Der Direktor der Chirurgischen Klinik, Prof. Dr. Kirschner, hat einen Ruf an die Universität Heidelberg als Nachfolger von Prof. Dr. Enderlen erhalten.

Rottenburg, 25. Juli. Schwere Autounfälle. In der Nähe des Heuberger Hofes geriet gestern Abend ein Tübingen Auto mit 4 Studenten aus unbekannter Ursache ins Schleudern. Der Wagen überdachte sich und warf die Insassen heraus. Alle vier wurden schwer verletzt; einer davon wurde mit einem lebensgefährlichen Schädelbruch in die Tübingen Klinik eingeliefert. Das Auto wurde demoliert.

Waiblingen, 25. Juli. Jäher Tod. Der 31 Jahre alte verheiratete Vertreter Pröbster aus Rünning besaß ein Auto mit seinem Auto auf einer Geschäftsreise in Waiblingen. Mäßig wurde er von einem Unwohlsein befallen und ist in einem hiesigen Geschäftshaus an den Folgen eines Herzschlages unerwartet gestorben.

Göppingen, 25. Juli. Ein Opfer des Brandes bei Weiler. Bei dem Brand, der die beiden Anwesen von Weiler und Heintzmann vernichtete, wurde der Sohn der Ursula Weiler von stürzendem Gebälk eingeklemmt. Mit schweren Brandwunden wurde der Mann ins Krankenhaus gebracht, wo er gestern gestorben ist.

Göppingen, 25. Juli. Politische Zusammenstöße. Am Samstag Abend fanden gleichzeitig eine Erwerbslosenversammlung der Nationalsozialisten in der „Rose“ und eine Kundgebung der „Antifaschisten“ in der Turnhalle statt. Nach Schluß sammelte sich eine Menschenmenge vor der „Rose“ an, die gegen die Nationalsozialisten Drohungen aussprach, während die am Ort stationierten Landjäger die vor dem Haus haltenden Lastkraftwagen der Nationalsozialisten bewachten. Als nun ein weiterer Wagen in den Ort hereinfuhr, kam es zu einer Schlägerei. Da die Ortspolizei nicht ausreichte, wurden weitere Landjägermannschaften aus Göppingen und das Ueberfallkommando in Ehlingen herbeigerufen, letzteres mußte aber nicht mehr in Tätigkeit treten. Die auswärtigen Nationalsozialisten wurden von der Verhärting bis zum Ortsausgang begleitet.

Die Täter, die den nationalsozialistischen Ortsgruppenleiter Langbein in Eberbach in den Wahllokalen warfen, aus dem er sich nur mit Mühe retten konnte, sind ermittelt.

Heidenheim, 25. Juli. Landestreffen der Württ. Marinevereine. Das diesjährige Treffen der württ. Marinevereine findet am 13. und 14. August in Heidenheim (Wentz) statt, verbunden mit Flaggengeweihe, Boottaufe und Bootshaus-Einweihung des Marinevereins Heidenheim. Die Jugendgruppen der Marinevereine tragen Wettkämpfe aus. Alle Marineangehörigen und Freunde der Marine sind herzlich eingeladen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 26. Juli 1932.

Das Beste in der Welt ist der Befehl! — Burt.

„Bettlersehns“

Wie anderwärts, so gibt auch die Stadtgemeinde gemäß Beschluß der Ortsfürsorgebehörde zur Bekämpfung des Bettlerunwesens, das auch in Nagold zu einer unerträglichen Belastung der Einwohnererschaft ausgeartet hat, gegen Wohlfahrtssehns aus. Die Sehns mit je 25 Stück sind in grüner Farbe zu 2 Pfg. und lösten 50 Pfg. das Stück, in blauer Farbe zu je 3 Pfg. und lösten 75 Pfg. das Stück und in roter Farbe zu je 5 Pfg. und lösten 125 Pfg. das Stück. Sie werden auf der Stadtpflege abgegeben. Um der Bettlerplage wirksam beizugehen zu können, sollten keine Geldbeträge mehr abgegeben, sondern nur noch die Wohlfahrtssehns verwendet werden. Die Bettler haben die Sehns bei der Polizeiwache abzugeben, wo ihre Rotlage geprüft und die nötige Hilfe gewährt wird. Diese Hilfe kann mannigfaltiger Art sein. Sie kann in Essen, Kleider, Schuhe, Strümpfen usw. bestehen. Sie kann aber auch versagt werden, wenn kein Grund zur Hilfe vorliegt. Das wichtigste ist, daß künftig keine Haushaltung mehr Unterstützung an Wanderer und Bettler gibt, sondern nur noch Sehns (siehe Anzeige).

Schwarzwaldberein

Der Sonntagmorgen war mit Wolken verhängt, gegen Mittag aber zeigte der Himmel eine freundliche Gesinnung allen, die sich auf das Waldesfreuden. Unter fröhlichen Klängen marschierten Große und Kleine um 3 Uhr los der großen Weide auf dem Eisberg, dem früheren Sportplatz zu. — Die Feden zum Lagern wurden aufgeschlagen, die fahrbare Wirtschaft mit dem guten Kronenbräu schwannte über den Grasboden, in der

